

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington

**POLITISCHE BERICHTERSTATTUNG  
JULI 2004**

**Neuste Entwicklungen im US-Wahlkampf 2004**

**Wirtschaft auf Rekordkurs  
Fundraising – eine Geschichte von Pioneers,  
Rangern und PAC's  
Die Swing States: Battleground for the presidency  
“9/11” – Samuel R. Berger und die verschwundenen Akten  
John Kerry und der Edwards-Effekt  
Die Rolle des Ralph Nader  
Amerikas Minderheiten als „Königsmacher“?**

Franz-Josef Reuter  
Daniel Gerlich  
Eike Kraft  
Matthias Matz

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

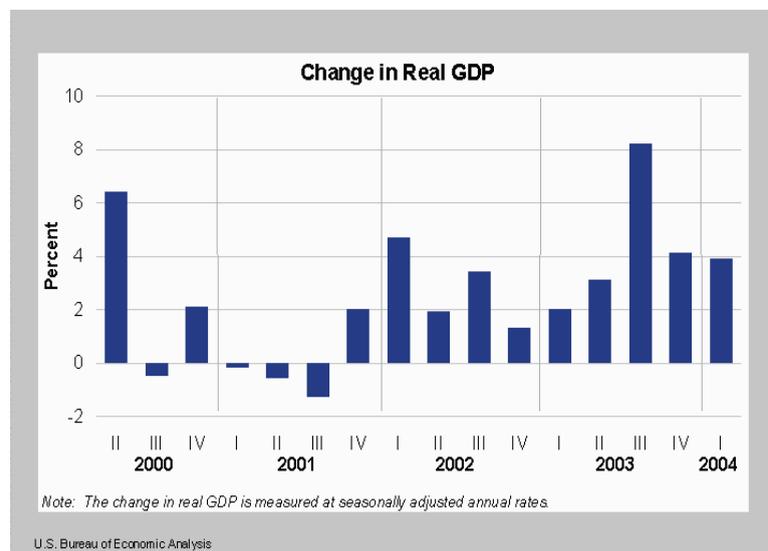
Tel. 202-986-9460  
Fax. 202-986-9458  
info@kasusa.org  
<http://www.kasusa.org>  
<http://www.kas.de>

**Der Präsidentschaftswahlkampf 2004 biegt langsam aber sicher auf die Zielgerade zum Endspurt ein. Spätestens Anfang September d.J. nach den absolvierten Parteitagen der Demokraten und Republikaner ist die heiße Phase eingeläutet. Alle Umfragen sagen ein knappes Finish für die Wahl am 2. November voraus. Hat das demokratische Team Kerry/Edwards Chancen, die republikanischen Amtsinhaber Bush/Cheney abzulösen? Welche Aspekte können die marginalen prozentualen Veränderungen in den Umfragen und vor allem bei der Wahl beeinflussen? Welche Themen werden die Wahl letztlich entscheiden? In einem schlaglichtartigen Überblick betrachten wir den aktuellen Stand der Dinge:**

### **Wirtschaft im Aufwärtstrend: „Is it still the economy, stupid?“**

Blickt man allein auf die Wirtschaftsdaten, so müssten sich die Republikaner eigentlich keinerlei Sorgen um die Wiederwahl ihres Präsidenten machen. George W. Bush hat seine Hausaufgaben gemacht und von den bitteren Erfahrungen seines Vaters gelernt.

Nach einer förmlichen Explosion der Wachstumsraten des US-amerikanischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) im 3. Quartal des vergangenen Jahres von 8,2 Prozent, kann sowohl für das 4. Quartal 2003 als auch das 1. Quartal 2004 ein stabiles und robustes Wachstum des BIP von 4,1 bzw. 3,9 Prozent konstatiert werden. Die durchschnittliche Produktivität US-amerikanischer Wirtschaftsunternehmen wuchs in den letzten drei Jahren schneller und nachhaltiger als je in drei aufeinander folgenden Jahren seit 1954.



Seit August 2003 konnten über 1,5 Millionen neue Jobs geschaffen werden. Die Arbeitslosenrate von 5,6 Prozent liegt unter den durchschnittlichen Arbeitslosenraten in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren. Der Alptraum "jobless Recovery" der Bush-Campaign ist ausgeträumt. Umfangreiche Steuerreformen der White-House-Administration führten zu einem Allzeithoch des realen Pro-Kopfeinkommens. Seit den beispiellosen Steuersenkungen verbleiben jedem US-amerikanischen Arbeitnehmer durchschnittlich 11 Prozent mehr von seinem Einkommen.

Auch das Konsumklima hellt sich angesichts der anhaltenden Börsenerholung und der angesprochenen positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt weiter auf. Die Stimmung unter den Verbrauchern ist so gut wie seit langem nicht mehr. Der im ersten Quartal 2004 ermittelte Wert des American Customer Satisfaction Index (ACSI) von 74.4 markiert einen Höchststand seit 1994.

Wehrmutstropfen in dieser positiven Bilanz der Regierung Bush ist allerdings das für das Haushaltsjahr 2004 prognostizierte Rekorddefizit von 477 Mrd. Dollar. Damit würde die Regierung von US-Präsident Bush sogar den eigenen Negativrekord aus dem vergangenen Jahr übertreffen. US-Finanzminister John Snow bekräftigte unterdessen den festen Willen der Regierung, binnen der nächsten fünf Jahre das Defizit halbieren zu wollen. Snow nannte das Defizit „zu hoch, nicht willkommen und nicht von Dauer“. Erst im vergangenen Jahr hatte die Bush-Regierung ein Haushaltsdefizit von 374 Mrd. Dollar eingefahren. Das größte Haushaltsdefizit seit dem Zweiten Weltkrieg wurde bekanntlich 1983 unter dem früheren Präsidenten Ronald Reagan erreicht, es lag seinerzeit bei 6,2 Prozent des BIP. Bush steht wegen der explodierenden Neuverschuldung unter Druck und hat bereits eine Verringerung des Defizits angekündigt, will zugleich aber die massiven Steuersenkungen in Milliardenhöhe (1,7 Mrd. Dollar) die Ende des Jahres teilweise auslaufen, verlängern. Der Präsident verteidigt die Steuersenkungen, die –nach seinen Worten– die Rezession abgemildert hätten und nun wichtiger Bestandteil zur Ankurbelung der Wirtschaft seien. Dementsprechend rechtfertigte Bush das Haushaltsdefizit mit den Folgen der Rezession, den Anschlägen vom 11. September und dem Krieg gegen den Terrorismus. Binnen fünf Jahren soll die Defizitquote von derzeit 4,5% des Bruttoinlandsproduktes auf unter zwei Prozent des BIP gesenkt werden. Zum Vergleich: die Defizitquote Deutschlands liegt nach EU-Angaben bei 4,2%.

Alles in allem dürfte es allerdings den Herausforderern Kerry/Edwards nicht leicht fallen, Bush eine verfehlte Wirtschaftspolitik vorzuwerfen. Die Masse des amerikanischen Wahlvolkes dürfte sich über die Steuererleichterungen der Regierung freuen. Dementsprechend schwer werden es die Demokraten haben, mit Plänen zur Zurücknahme dieser Steuerreformen, zugunsten der Finanzierung einer Verbesserung des Sozialversicherungssystems, auf Stimmenfang zu gehen.

## **Fundraising – eine Geschichte von „Pioneers“, „Rangern“ und PACs**

Vergleicht man die Rolle des Geldes innerhalb des Wahlkampfes in den USA mit der in Deutschland, so ergibt sich ein gänzlich anderes Bild. Dies mag zunächst an den völlig verschiedenen Parteienstrukturen liegen, findet sich aber auch in der unglaublichen Medienfixierung der Wahlkampfstrategen begründet. Feste Parteien mit ihrem dichten Netz an Landes- und Kreisverbänden sind in den Vereinigten Staaten so nicht bekannt. Demzufolge fehlen auch die in Deutschland gewohnten festen Organisationsstrukturen. Ein quasi „Stehendes Heer“ an haupt- oder ehrenamtlichen Wahlkämpfern, welches dann zur jeweiligen Wahl nur in Marsch gesetzt wird, fehlt. Die für den Wahlkampf nötigen Strukturen müssen somit von den Kandidaten ad hoc geschaffen und mehr oder weniger aus eigener Tasche bzw. durch Spenden finanziert werden. Kostentreibend kommt für den einzelnen Kandidaten hinzu, dass nur die Präsidentschaftskandidaten staatliche Förderung in Anspruch nehmen dürfen. Des Weiteren hat die ausufernde Medienfokussierung der Strategen im Laufe der letzten Jahre zu einer förmlichen Explosion der Wahlkampfausgaben geführt. So gaben die beiden Kontrahenten bis dato Unmengen an Geldern für ihre „commercials“ aus. Seit Mai dieses Jahres waren es bei John Kerry 43 Millionen Dollar; bei George W. Bush sogar 85 Millionen Dollar.

Allein im Vergleich der beiden Präsidentschaftswahlkämpfe anno 1992 und 2000 stiegen die Gesamtausgaben von rund 100 Millionen Dollar auf über 335 Millionen Dollar. Dies ist eine Steigerung von 235 Prozent in einem Zeitraum von nur acht Jahren. Beim Fund-Raising zur Finanzierung dieser immensen Ausgaben sehen sich die Kandidaten mit einem dichten und oft undurchschaubaren Werk an Reglementierungen konfrontiert. Da Individualspenden auf 95.000 Dollar pro Wahlperiode beschränkt sind und es ein Gesetz aus dem Jahre 1907 Unternehmen gänzlich verbietet an Politiker zu spenden, kam es im Laufe der Jahre zu der Etablierung der so genannten Political Action Committees (PACs). Diese Organisationen, oft nur existent in der Form von Bankkonten, sammeln die Spenden der Unternehmen und verteilen diese dann weiter an die entsprechenden Kandidaten. Da jedoch pro PAC maximal 25.000 Dollar gespendet werden dürfen, ist deren Anzahl in den letzten Jahren in nahezu astronomische Höhe geschneilt. Die durch die PACs gesammelten Gelder nutzt der jeweilige Kandidat dann, um sein Team und die ganze Organisation des Wahlkampfes zu finanzieren. Interessant ist, in welcher Form die spendenden Unternehmen das Abstimmungsverhalten „ihrer“ Kandidaten beobachten.

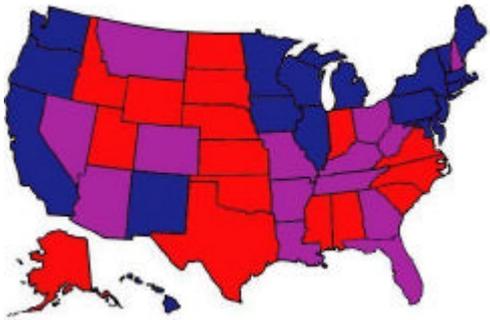
Die Einflussnahme der Unternehmen auf das politische Geschehen, der so genannte Lobbyismus, ist schon allein durch diese Art der Parteien- oder besser gesagt Wahlkampffinanzierung sehr stark ausgeprägt. Begünstigend kommt hinzu, dass der einzelne Abgeordnete, auf Grund der stark sachorientierten Arbeitsweise auf Capitol Hill, in seiner Entscheidungsfindung „flexibler“ ist – so etwas wie „Fraktionszwang“ ist durch das hiesige politische System in Washington nahezu unbekannt. Seit Beginn des Wahlkampfes bis Ende Dezember 2003 hat Amtsinhaber George W. Bush beispielsweise Spenden in einer Höhe von 83,9 Millionen Dollar aquieren können. Dabei kamen fast die Hälfte aller Spenden (45%) von 285 Privatpersonen, von denen 100 mindestens 100.000 Dollar (sog. „Ranger“) und 185 mindestens 200.000 Dollar (sog. „Pioneers“) an Spenden gesammelt haben. Laut Informationen der New York Times hält Amtsinhaber George W. Bush derzeit den Fundraising-Rekord. Bis Anfang Juli 2004 kam er auf die stattliche Summe von 213 Millionen Dollar. Interessant ist auch der jeweilige Hintergrund der spendenden Personen.

Die meisten Unterstützer der Republikaner erhoffen sich traditionell Vorteile durch die Regierung Bush. So kommen diese Personen vor allem aus dem Umfeld des Finanzwesens, der Energiebranche und dem Bausektor. Gerade diese Wirtschaftsbereiche erhoffen sich durch die Politik der Bush-Regierung immense Vorteile, da sie sich vor allem für eine Senkung der Steuern auf Dividendeneinkommen, für die Liberalisierung des Energiemarktes und die Bedeutung der Atomkraft bei der Energiegewinnung stark machen.

## **Die Swing States: Battlegrounds for the presidency**

Der Kampf um die 538 Stimmen im Electoral College, dem Wahlmännergremium (der zum Präsident Gewählte benötigt mindestens 270 Stimmen), geht in die heiße Phase. Jeder der 50 Bundesstaaten wird im Dezember dieses Jahres genau so viele Wahlmänner, wie er Kongressabgeordnete stellt, entsenden, die dann den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten wählen. Nach dem „winner takes it all“ Prinzip wird dabei die Wahlmännerliste derjenigen Partei zum Zuge kommen, die am 02. November die Mehrheit der jeweils im Staat abgegebenen Stimmen erhält.

Weiterhin scheint in über 30 Staaten der Wahlausgang klar zu sein. Die politische Anhängerschaft teilt die Vereinigten Staaten in red (Republikaner) und blue (Demokraten) states, in denen der Vorsprung des jeweiligen Präsidentschaftskandidaten uneinholbar und klar erscheint. Interessant bleiben die sogenannten violet oder swing states, in denen der Wahlausgang bei den Wahlen im Jahr 2000 äußerst knapp ausfiel und in denen auch die diesjährigen Prognosen einen knappen Ausgang vorhersagen. In diesen ca. 17 Staaten wird sich auch dieses Jahr entscheiden, wer das Land für die nächsten vier Jahre regieren darf.



USA Today teilt die Staaten nach jeweiligen Schwerpunktthemen in vier Kategorien ein:

1. Die neun "Old-Economy-States": Minnesota, Michigan, Iowa, Ohio, West Virginia, Pennsylvania, Missouri, Arkansas mit insgesamt 107 electoral votes
2. Die vier „Küstenstaaten“ Maine, New Hampshire, Washington und Oregon mit insgesamt 26 electoral votes
3. Die drei „Kaktusstaaten“ New Mexico, Arizona und Nevada mit insgesamt 20 electoral votes
4. und Florida mit 27 electoral votes.

Die Kampagnen der Kandidaten konzentrieren sich vor allem auf diese Staaten, wobei die Schwerpunkte auf den Staaten Ohio (20 electoral votes), Florida (27 electoral votes), Pennsylvania (21 electoral votes) und Michigan (17 electoral votes) liegen. In diesen vier Staaten wird allein vorraussichtlich fast die Hälfte des Etats für TV-Kampagnenspots ausgegeben werden. Denn nur marginale prozentuale Veränderungen gegenüber dem Wahlergebnis vor vier Jahren können große Veränderungen im Weißen Haus herbeiführen (in Florida gewann Bush nur mit 537 Stimmen Vorsprung).

Nach derzeitigen Umfragen liegt Bush in fünf Staaten knapp in Führung, darunter Florida. John Kerry weist einen gesunden Vorsprung in Michigan, New Mexico und Oregon auf. In den meisten Staaten liegen die Umfrageergebnisse jedoch im Bereich des statistischen Fehlers, weswegen keine klaren Aussagen getroffen werden können. Aktuelle Umfragen für die am härtesten umkämpften „Battlegrounds“ Florida, Ohio, Pennsylvania und Michigan (nach Daten der Agentur Zogby vom 23.Juli) sind wie folgt:

**Florida:**

|                          |                       |
|--------------------------|-----------------------|
| <i>Wahlergebnis 2000</i> | <i>Prognose Zogby</i> |
| Al Gore: 48,8 %          | Kerry: 48 %           |
| Bush: 48,8 %             | Bush: 49 %            |
| Nader: 1,6 %             | Nader: 1 %            |

**Ohio:**

|                          |                       |
|--------------------------|-----------------------|
| <i>Wahlergebnis 2000</i> | <i>Prognose Zogby</i> |
| Al Gore: 46,4 %          | Kerry: 47 %           |
| Bush: 50 %               | Bush: 48 %            |
| Nader: 2,5 %             | Nader: 1 %            |

**Pennsylvania:**

|                          |                       |
|--------------------------|-----------------------|
| <i>Wahlergebnis 2000</i> | <i>Prognose Zogby</i> |
| Al Gore: 50,6 %          | Kerry: 52 %           |
| Bush: 46,4 %             | Bush: 45 %            |
| Nader: 2,1 %             | Nader: 1 %            |

**Michigan:**

|                          |                       |
|--------------------------|-----------------------|
| <i>Wahlergebnis 2000</i> | <i>Prognose Zogby</i> |
| Al Gore: 51,3 %          | Kerry: 53 %           |
| Bush: 46,1 %             | Bush: 44 %            |
| Nader: 2,0 %             | Nader: 1 %            |

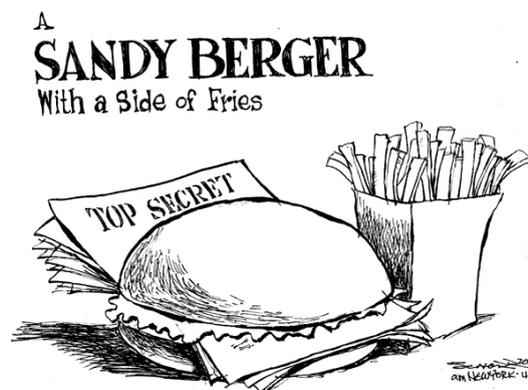
Quelle: <http://www.electoral-vote.com/>

## „9/11“ – Samuel R. Berger und die verschwundenen Akten

Aufregung in der Kerry/Edwards Campaign – so hatte man nicht gewettet, die Regierung Bush und nicht die Regierung Clinton sollte im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen. Auch und gerade in puncto des regierungsamtlichen Versagens, „9/11“ zu verhindern. Nun aber gerät der aussenpolitische Berater von John Kerry und seinerzeit vier Jahre lang Sicherheitsberater von Ex-Präsident Clinton ins Visier des medialen Interesses.

Just zu einem Zeitpunkt, da die Veröffentlichung des Abschlussberichtes des Untersuchungsausschusses zum „11. September“ eine willkommene Steilvorlage zu einem Frontalangriff auf die Regierung Bush zu bieten schien, diskutiert die Nation auch über einen Skandal in den Reihen der Demokraten.

Zwar ist noch nichts bewiesen, geschweige denn wurden rechtskräftige Urteile gesprochen, doch Fakt ist, dass Berger bei der Vorbereitung seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss zu „9/11“ tausende Regierungsdokumente im Nationalarchiv nicht nur einsah, sondern einige auch –in Strümpfe und Taschen versteckt- mit nach Hause nahm und teilweise inzwischen sogar versehentlich – wie er beteuerte – wegwarf. Die Spekulationen vollends heißlaufen, ließ die Tatsache, dass manche der betroffenen Dokumente sogar als streng geheim klassifiziert waren.



Wieso und weshalb Berger die Dokumente nicht nur nach Hause nahm, sondern überhaupt nach Hause nehmen konnte, ist indes noch vollends unklar. Das politische und vor allem republikanische Washington wartet gespannt, ob, wann und welche Anklage gegen Berger erhoben wird. Berger zog sich mittlerweile aus dem Beraterstab von John Kerry und John Edwards zurück. Die nächsten Tage und Wochen werden darüber entscheiden, ob die Berger-Affäre nur eine Fussnote bleiben oder ein ganzes Kapitel im US-Präsidentenwahlkampf einnehmen wird.

## John Kerry und der Edwards-Effekt – now and forever?

Smart, intelligent, erfolgreich, unverkrampft und aus dem Süden – wen besseres hätte sich John Kerry als Running Mate ins Team holen können als John Edwards? Glaubt man aktuellen Umfragen, so ist es vor allem John Edwards zu verdanken, dass John Kerry im direkten Vergleich mit Präsident Bush mit 49:47 Prozent an Zustimmung führt. In einer "Time"-Umfrage gaben allein 24 Prozent der Interviewten an, John Kerry vor allem wegen Edwards wählen zu wollen.

Trat man in den Primaries noch gegeneinander an, so schwörten Kerry und Edwards nun gemeinsam die eigenen Truppen auf die heiße Phase des Wahlkampfes ein. Die Beobachter des politischen Spektakels warten nun gespannt darauf, wie es Edwards gelingen wird, Kapital aus seinen North Carolinaschen Wurzeln zu schlagen. Die Erwartungen der Demokraten, dass Edwards die republikanischen Hochburgen im Süden des Landes wenn schon nicht im Sturm erobern, so doch nachhaltig schwächen kann, sind hoch. Der momentan als Rächer der Schwachen gestartete *Trial Lawyer* Edwards kann schnell auch als Exemplar der verspotteten und



nimmersatten *Ambulance Chaser* enden. Ob Edwards, der erst seit 1999 im politischen Geschäft ist und dem Kerry höchstselbst mangelnde Erfahrung in den Primaries nachsagte, den Schritt von einer Rakete zum Dauerbrenner schafft, bleibt abzuwarten. Mit der Hereinnahme von Edwards in das Wahlrennen ist John Kerry zweifelsohne ein medienwirksamer Coup gelungen. Der Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten wird insbesondere Wirkung bei den noch unentschiedenen Wählergruppen, bei Jugendlichen und Frauen erzielen. Auch in den Medien ist Edwards bislang „everybodies darling“. Kurzum: John Kerry war instinktiv gut beraten, den jungenhaft wirkenden Senator aus North Carolina zum Partner zu küren. Kerry hat einen Mann gewählt, der zwar die geringste politische Erfahrung unter den möglichen Kandidaten mitbringt, der indes aber am stärksten an das so wichtige „Bauchgefühl“ der Amerikaner appelliert. Dieses hat Edwards unlängst auf dem Parteitag der Demokraten in Boston eindrucksvoll dokumentiert, als er nach Meinung vieler Beobachter „die beste Rede von allen“ hielt. Mit seinem smarten Auftreten und seinen einfühlsamen und zugleich polarisierenden Äußerungen über die zwei Amerikas ist Edwards so etwas wie der Kandidat der Herzen. Ein kluger Schachzug des demokratischen Lagers und eine „harte Nuß“ für die Republikaner, die es erst einmal zu knacken gilt – möglichst vor dem entscheidenden Wahltermin am 2. November 2004. Freilich verbleibt für das Bush-Camp bis zum Wahltermin noch einige Zeit, verlorenes Terrain zurück zu gewinnen. Und bekanntlich ist im politisch sehr schnellebigen Amerika alles möglich – erst recht ein neuerlicher Meinungsumschwung.

## **Die Rolle des Ralph Nader: Every Vote for Nader is a vote for Bush!?**

Seit Ralph Nader seinen nach den Präsidentschaftswahlen 1996 und 2000 nunmehr dritten Versuch zum Einzug in das Weiße Haus öffentlich bekanntgab, tragen viele demokratische Anhänger diese Sorge, die Mark Brewer, Executive Chairman der Democratic Party, offen ausspricht, in sich. Man fürchtet eine Bindung demokratischen Wählerpotentials an Nader. Wird das Wahlergebnis im Herbst sehr knapp, wie dies die Prognosen vorhersagen, so droht eine Wiederholung der Ereignisse um die knappste Wahlauseinandersetzung in der Geschichte der Vereinigten Staaten im Jahr 2000, in der Ralph Nader dem damaligen demokratischen Kandidaten Al Gore entscheidende Stimmen gerade in wichtigen Staaten wie Arizona, Florida (hier fehlten Al Gore nur 537 Stimmen) und New Hampshire kostete. George W. Bush zog mit einem Vorsprung von nur 0,51 Prozent in das Weiße Haus ein.

Der selbsternannte Verbraucherschützer Nader errang im Jahr 2000 mit 2,8 Millionen Stimmen 2,74 Prozent aller landesweit abgegebenen Stimmen. Einer Analyse des Independent Voter News Service zur Folge, wären die Hälfte dieser Stimmen bei Fehlen des Kandidaten Nader an Al Gore und 21 Prozent an George W. Bush gefallen. Während sich die offizielle Wahlkampfmannschaft um Bush mit Kommentaren zur Rolle Naders vorsichtiger gibt, unterstützen Teile der Republikaner deshalb offen eine Kandidatur Naders. So der Executive Director der Michigan Republican Party, Greg McNeilly: „We are absolutely interested in having Ralph Nader on the ballot“.

Um letztlich auf den Wahlzetteln zu erscheinen, ist es für Ralph Nader noch ein weiter Weg. Während hochrangige Demokraten den Kandidaten von seiner Kandidatur abzubringen versuchen, sammelt dieser mit seinen Anhängern unter Zeitdruck die notwendigen Unterschriften, um in den einzelnen Staaten auch auf dem Wahlzettel erscheinen zu können. Nachdem die Green Party entschied, ihn nicht auf ihr Parteiticket zu nehmen, gilt Nader als unabhängiger Kandidat. Somit wird seine Registrierung in vielen Staaten um einiges schwieriger. Jeder Kandidat, der nicht aus den Reihen der etablierten Parteien der Demokraten oder Republikaner kommt, muss je nach Landesgesetz 10.000 bis 65.000 Unterschriften aufbringen, um auf den Wahlzetteln zu erscheinen. Im Jahre 2000 erschien Naders Name –damals noch mit Unterstützung der Green Party- in 43 Bundesstaaten auf den Wahlzetteln. Nader hofft zwar noch auf das Ticket der Reform Party genommen zu werden, die ihm unter anderem Zugang zu klassisch republikanischen Staaten wie Kansas, Mississippi, Montana und South Carolina und drei der so genannten „battleground states“ mit Florida, Michigan und Colorado verschaffen würde. Doch hat sich seine Kampagne schon auf einen unabhängigen Wahlkampf eingestellt. Unerwartete Unterstützung erhält Nader mehr und mehr durch republikanische Wahlkämpfer, die bei der Unterschriftensammlung mithelfen, um das Team Kerry/Edwards mit jeder Stimme für Nader bei der Wahl am 02. November zu schwächen. So waren kurz vor Ende der Deadline in Michigan erst 5400 Unterschriften für Nader gesammelt worden. In einer konzertierten Aktion wurden durch republikanische Wahlkämpfer innerhalb kürzester Zeit 43.000 Unterschriften gesammelt. Weit mehr als die geforderten 30.000, um als unabhängiger Kandidat auf dem Wahlzettel zu erscheinen.



Bei den Umfragewerten für Nader von drei bis fünf Prozent erwartet keiner eine realistische Chance auf seinen Einzug in das Weiße Haus. Auch Anhänger Naders sehen dies so, verneinen aber im gleichen Zug jeglichen Einfluss auf die Wahlergebnisse von Kerry und Bush. Nader spreche nur die Amerikaner an, die sonst nicht zur Wahl gingen. Je nach Institut variieren die Werte für Kerry und Bush bei ca. 45 Prozent, ein Kandidat jeweils knapp im Vorsprung. Während CNN/USA Today/Gallup Kerry mit 49 zu 47 Prozent vorne sehen, bescheinigen NBC News/Wall Street Journal Poll Bush einen Sieg mit 47 zu 45

Prozent. Es ist also weiterhin ein denkbar knappes Rennen um das Weiße Haus, dass mit knappen Vorsprüngen und Sprints am Ende des Wahkampfmarathon entschieden werden dürfte.

Bei diesen Ergebnissen spielen die wenigen Prozentpunkte an Stimmen, die Ralph Nader erringen kann, eine entscheidende Rolle. Wird die Wahl am 02. November so knapp wie es die Umfragen vorhersagen, so wird auch bei dieser Wahl Nader ein Zünglein an der Waage sein und kann den Demokraten -wie schon im Jahre 2000- den Einzug in das Weiße Haus kosten.

### **Amerikas Minderheiten als „Königsmacher“?**

Wenn es in den Vereinigten Staaten um das Werben von Stimmen für die Präsidentschaftswahl geht, gibt es eine Gruppe, deren Gewicht in den letzten Jahren immens zugenommen hat. Es handelt sich dabei um die in den USA lebenden Minderheiten, allen voran die Latinos und Afro-Amerikaner. So versuchen beide Kandidaten innerhalb ihrer Kampagnen auch immer mehr die Belange dieser Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Das von ihnen ausgehende Wählerpotential sollte auf keinen Fall unterschätzt werden. Amerikas Afro-Amerikaner wählen traditionell demokratisch, wohingegen es bei den so genannten Latinos weniger homogene Verhaltensmuster gibt. Gerade die Latinos, welche seit Mitte letzten Jahren die Schwarzafrikaner als größte in den USA lebende Minderheit überholt haben, wählen oft sehr themenspezifisch.

Geht es beispielsweise um die Rolle des Staates und um wirtschaftliche Fragen, sehen sich viele Latinos auf Seite der Demokraten; geht es jedoch um die für das Fundament der Nation grundlegende Wertefragen, wie zum Beispiel die Einführung der „Homo-Ehe“ oder gar um die kontrovers diskutierte Frage eines „Rechtes“ auf Abtreibung, oder aber auch um Schulpolitik, stehen die meisten Latinos auf der Seite der - hinsichtlich derartiger Fragen - sehr konservativen Republikaner. Bei den Latinos handelt es sich um eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe. Ihnen gehören nicht nur Hilfsarbeiter oder Niedriglohnempfänger, sondern auch besonders an der Bildung ihrer Kinder interessierte Selbstständige und Akademiker an. So sehen sich 45 Prozent als Demokraten und 30 Prozent als Republikaner, wobei die restlichen 25 Prozent in ihrer Entscheidung eher schwanken. Besonders vehemente Unterstützung erfährt das republikanische Lager und vor allem die Regierung Bush von der Gruppe der Exilkubaner.

Doch trotz dieser Zahlen ist die endgültige Entscheidung weiterhin offen. Jetzt kommt es darauf an, wie glaubhaft die jeweiligen Kandidaten sich für die Interessen der Latinos einsetzen. Es wird spannend, „die hispanische Stimme ist noch frei verfügbar, sie ist ein schlafender Gigant kurz vor der Explosion.“, so Bill Richardson, Demokrat und einziger hispanischer Gouverneur des Landes (New Mexico). Ein bedeutend homogeneres Bild liefert da schon eher das Wahlverhalten der zweitgrößten Minderheit der Vereinigten Staaten, der Afro-Amerikaner. Laut einer Ende Juli 2004 publizierten Studie des Anneberg Public Policy Centers der Universität Pennsylvania sprechen sich nur 12 Prozent der Schwarzen für, 72 Prozent hingegen gegen die Politik der Regierung Bush aus.

Vergleicht man dieses mit der Verteilung unter der hispanischen Bevölkerung ergibt sich folgendes Bild: 48 Prozent sprechen sich für Bush und 38 Prozent gegen Bush aus. Bei der letzten Wahl im Jahre 2000 hatten nur 9 Prozent der Afro-Amerikaner, deren Arbeitslosenquote immer noch bei überdurchschnittlichen 11 Prozent liegt, für George W. Bush gestimmt. Nach einhelliger Meinung verschiedenster politischer Beobachter wird sich dieser Trend auch im November dieses Jahres fortsetzen.

### **Schlußfolgerungen:**

Sollte sich die überaus positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter fortsetzen und sich auch in der subjektiven Sicht der amerikanischen Bevölkerung mehr und mehr manifestieren, wird dies unzweifelhaft Präsident Bush und seinen Aussichten auf eine Wiederwahl zugute kommen. Trotz latenter Irak-Krise steigen die Umfragewerte für den amtierenden Präsidenten allmählich wieder an. Bush weiß nur allzu genau, wie bedeutend anhaltend positive Daten aus Wirtschafts- und Arbeitsmarkt für die angestrebte Wiederwahl am 2. November d.J. sind. Zwei Drittel der amerikanischen Wählerschaft sehen in der Wirtschaftsentwicklung des Landes die entscheidende Motivation für ein Pro- oder Contra-Bush auf den Wahlzetteln. Auch hier zählt das Motiv: Wahlen werden an der Heimatfront entschieden: ob die Wirtschaft brummt, ob die Leute Arbeit finden, kurz: ob die Briefftasche dünner oder dicker ist. Allen Unkenrufen zum Trotz wird damit einmal mehr deutlich, dass die politische Wahlauseinandersetzung über Erfolg oder Misserfolg eng mit der Verfasstheit des Portmonnaies des einzelnen Bürgers zusammenhängt – auch in Amerika bzw. insbesondere in Amerika.

Noch sind präzise Vorhersagen für den Wahltermin bloße Spekulation und es ist verfrüht, konkrete Schlussfolgerungen aus den an Vielfältigkeit nicht zu überbietenden Meinungsumfragen ableiten zu wollen. Der eigentliche Wahlkampf wird nach dem Parteitag der Republikaner Anfang September in New York eingeleitet. Erst dann geht es ums Ganze, die finanziellen als auch strategischen Ressourcen werden dann voll ausgeschöpft werden und jedes Mittel Recht sein, Stimmen der noch unentschiedenen Wählerschaft (derzeit mit 12% beziffert) zu rekrutieren und vor allem die notorische Nichtwählerschaft zum Urnengang zu bewegen.

Vorausgesetzt, den Republikanern gelingt es, einen ähnlich positiven Jubelparteitag wie den der Demokraten Ende Juli in Boston auch Anfang September in New York gegenüber der Öffentlichkeit zu demonstrieren, wird der demokratische Slogan

„Amerika kann es besser“ schnell der Vergangenheit angehören und Präsident Bush  
„mit klarem Kurs“ gute Chancen zur Wiederwahl eröffnen.